

## **Protokolleintrag vom 04.06.2008**

**2008/257**

### **Postulat von Monjek Rosenheim (FDP) vom 4.6.2008: Stadtverwaltung, Bericht über Raumbelagung**

Von Monjek Rosenheim (FDP) ist am 4.6.2008 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er zu Händen des Gemeinderates einen Bericht erstellen kann, der einerseits die aktuelle Raumbelagung und die voraussichtlichen, künftigen Raumbedürfnisse der Verwaltung und deren realistischen (Markt-)Kosten für die städtischen Mitarbeiter darlegt und andererseits Visionen mittels mittel- und langfristiger Planung aufzeigt, wie sich die Stadt aus eigenen und/oder gemieteten Räumlichkeiten, welche nicht unbedingt zentrumsnah sein müssen, in kostengünstigere Stadtteile verschieben könnte.

Begründung:

Nicht alle Verwaltungsbereiche und deren Mitarbeiter der Stadt Zürich, die heute im Zentrum oder zentrumsnahen Bereich liegen, müssen auch wirklich so zentral sein. Wenn kein persönlicher Kundenkontakt gefragt bzw. erforderlich ist, so könnte wohl unbestritten auch ein Teil der im Stadtzentrum gelegenen, sehr teuren Arbeitsplätze (marktmässige m2-Kosten berücksichtigen !) in günstigere Stadtteile verlegt werden.

Dies wäre für die Stadt eine „win-win“-Situation. Einerseits könnten sicher Arbeitsplatzkosten reduziert werden, andererseits hätte die öffentliche Hand zusätzliche Miet- oder Baurechtseinnahmen - dort wo die Stadt Eigentümerin ist - bzw. interessante Firmen/Steuerzahler fänden in Zürichs Zentrum zusätzliche, dringend benötigte Arbeitsplatzmöglichkeiten.

Aktuell prüft die Stadt beispielsweise den Teilkauf von Liegenschaften auf 17'800 m2 vom Siemens Schweiz AG-Gelände im Kreis 9. Standorte wie diese sollten künftig für eine Verlagerung von Arbeitsplätzen aus dem teuren Zentrum Zürichs konzeptionell vermehrt geprüft werden. Im konkreten Beispiel könnte nicht nur das OIZ auf das Siemensgelände umziehen, sondern durchaus auch andere Teile der städtischen Verwaltung.

Ein Bericht des Stadtrates mit einer Bestandesanalyse der eigenen Arbeitsplatzbewirtschaftung und den entsprechenden (Markt-)Kosten sowie dem Aufzeigen der diesbezüglichen mittel- und langfristigen, städtischen Planung wäre aus den genannten Aspekten für Stadt- und Gemeinderat sehr wertvoll.